

Einleitung

»Heimat statt Islam«, »Maria statt Scharia« – mit solchen sowie ähnlich lautenden Slogans ist die neonazistische NPD in Wahlkämpfen in Erscheinung getreten. »Abendland in Christenhand« lautete wiederum eine Wahlkampfparole der extrem rechten Wählervereinigung PRO NRW. Die extreme Rechte versucht, mit rassistischen Kulturkampfparolen über ihr Stammklientel hinaus an Zustimmung zu gewinnen. Nicht ohne Grund: In Europa gilt der antimuslimische Rassismus als »politischer Erfolgsgarant«. Viele europäische Rechtsaußenparteien haben sich in ihrer rassistischen Programmatik auf das »Feindbild Muslim« bzw. »Feindbild Islam« fokussiert und konnten dadurch gesellschaftlich weit verbreitete Ressentiments gegenüber Muslim_innen in Wähler_innenzustimmung ummünzen. Zugleich findet der antimuslimische Rassismus im World Wide Web massive virtuelle Verbreitung. Webseiten wie *Politically Incorrect* dienen dabei als Informations- und Netzwerkzentrale für das heterogene Milieu antimuslimischer Initiativen und Aktivist_innen.

Zwar wird der antimuslimische Rassismus als Islamfeindlichkeit im politischen Rechtsaußenspektrum mittlerweile seitens deutscher Politik und Sicherheitsbehörden als Gefahr benannt. Sein gesellschaftlicher Resonanzboden hingegen bleibt weitgehend unbeleuchtet. Dies kommt nicht von ungefähr, denn der öffentliche Diskurs über Islam und Muslim_innen zeichnet ein überwiegend negatives Bild von ihnen: Muslim_innen stehen im Verdacht, von Grund auf sexistisch, antisemitisch, homophob, kriminell, gewalttätig oder potenzielle Terrorist_innen zu sein. Ihre Religion und Kultur sei mit der hier heimischen nicht vereinbar, »sie« überfremdeten »uns« durch Einwanderung und versuchten, durch Terroranschläge und Kriege die Welt zu beherrschen. In diesen Diskursen spielt es keine nennenswerte Rolle, *wie* religiös die als Muslim_innen Markierten tatsächlich sind, *falls* sie überhaupt Muslim_innen sind und nicht lediglich aufgrund ihres Namens oder Aussehens oder des Herkunftslandes (ihrer Groß-/Eltern) als solche wahrgenommen werden. Und es

spielt keine Rolle, *ob* ihr Verhalten und ihre soziale Praxis mit ihrer (vermeintlichen) Religion bzw. Religiosität zusammenhängen.

In diesen Zuschreibungen wird unhinterfragt vorausgesetzt, dass Aussehen und Namen auf eine bestimmte Herkunft verweisen und dass die Herkunft (der Groß-/ Eltern) das kulturelle und soziale Leben und damit auch das Verhalten über die Generationen hinweg bestimme. Die nationale Herkunft wird als kulturelle gedeutet, Kultur und Religion bedingten sich gegenseitig, so die Argumentation. Es wird also ein Zusammenhang zwischen Physiognomie, Nation, Ethnie, Kultur und Religion hergestellt, die als zentrale Bezugspunkte für die Deutung sozialer Praktiken dienen. Diese Assoziations- und Argumentationskette verläuft gradlinig und allumfassend. Religion, Kultur, Ethnie und Nation gehen darin ineinander über, werden zur unabänderlichen Natur und funktionieren in ihrer statischen Abgeschlossenheit und Determiniertheit wie das Konzept der ›Rasse‹.

Die tatsächliche oder vermeintliche Religionszugehörigkeit von als Muslim_innen Markierten wird in direkten Begründungen oder assoziativen Anspielungen als Grund für Verhaltensweisen und soziale Praktiken angeführt und kritisiert. Diese erscheinen dann als rückständig, archaisch und brutal – im Unterschied zu ›uns‹, die fortschrittlich, vernünftig, emanzipiert und frei seien. In rechtspopulistischen und rechtsradikalen Zusammenhängen werden derartige Argumentationen deutlich zugespitzt und den als Muslim_innen Markierten ein Existenzrecht (in Deutschland oder Europa oder insgesamt) abgesprochen. In anderen Kontexten wird zwar nicht grundsätzlich die Vertreibung von als Muslim_innen Markierten gefordert, wohl aber ihre Erziehung und Zivilisierung nach christlich-westeuropäischem Vorbild, das die Menschenrechte achte und modern sei. Auch Mitleidsbekundungen, Hilfsangebote und Bildungsmaßnahmen knüpfen an diesem allgemeinen vermeintlichen ›Wissen‹ über das ›Problem Islam‹ an.

Gleichzeitig wird seit einigen Jahren eine zunehmende Diskriminierung von als Muslim_innen Markierten festgestellt. Es werden Studien in Auftrag gegeben, die das Ausmaß der

Diskriminierung verschiedener Gruppen, auch jener von Muslim_innen, erheben sollen. Rechtspopulistische Parolen und Volksabstimmungen, die Islam und Muslim_innen verunglimpfen und Letztere in ihren Rechten einschränken wollen, werden kontrovers diskutiert. Allzu pauschale und undifferenzierte Äußerungen sowie hasserfüllte und gewalttätige Aktionen gehen allerdings selbst jenen zu weit, die Erziehungs- und Zivilisierungsmaßnahmen fordern. Muslim_innen, so heißt es, seien als Menschen zu tolerieren, auch wenn sie als Angehörige einer >uns< fremden Religion und Kultur eigentlich nicht hierher gehörten. Wenn sie schon bei >uns< leben wollten, müssten sie sich wenigstens anpassen.

Verfolgt man den öffentlichen Diskurs, so scheint klar zu sein, dass es ein Problem mit >dem Islam< gibt. Wie wird diese Problematisierung aber hergestellt und begründet? Und welche Folgen hat dies für Menschen, die als Muslim_innen wahrgenommen werden? Von wem gehen antimuslimische Äußerungen und Aktionen aus? Wie hängen die Argumentationen in unterschiedlichen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Positionen und Kontexten zusammen? Was haben ewig gestrige Rechte, nationale Deutsche, traditionsbewusste Christ_innen und auf Wahlerfolge zielende Populist_innen mit wohlmeinenden, emanzipatorischen oder freiheitlichen Kritiken und Aktionen zu tun?

Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über offen antimuslimische und antiislamische Argumentationen und zeigt beispielhaft, wie in Internetforen, Bürgerbewegungen und rechtspopulistischen Parteien gegen Islam, Muslim_innen und als Muslim_innen Markierten gehetzt und zu Maßnahmen gegen sie aufgerufen wird. Diese Äußerungen und Aktionen sind vielfach mit dem verwoben, was als vermeintliches >Wissen< über Islam und Muslim_innen gilt und in den verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Kontexten kursiert, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Der vorliegende Band zeigt, dass antimuslimischer Rassismus zwar durchaus unterschiedliche Facetten annehmen kann, dass

die Grenzen zwischen Rand und Mitte, rechts und links im antimuslimischen Rassismus durchlässig sind. Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand hat eine spezifische Ausprägung, ist aber eingebettet in Alltagsrassismus und verschiedene gesellschaftliche Diskurse. Er ist verbunden mit allgemeinem ›Wissen‹ und alltäglichem Reden über ›Muslim_innen‹ und ›Islam‹. Antimuslimischer Rassismus wird zu einer sozialen Praxis, die Menschen, die als Muslim_innen markiert sind, an der gleichberechtigten Teilhabe an Gesellschaft hindert, ihre Ressourcen blockiert und ihnen signalisiert, dass sie fremd und unerwünscht seien. Auch wenn er sich dort besonders drastisch artikuliert, so ist antimuslimischer Rassismus kein Phänomen des rechten Rands, sondern befindet sich in ›bester Gesellschaft‹.

©UNRAST Verlag